



Bundesministerium
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn
Andrej Hunko, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 30. Oktober 2012

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Oktober 2012**
HIER **Arbeitsnummer 10/157**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung


Klaus-Dieter Fritsche

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Bellevue; U-Bahnhof Turmstraße

Bushaltestelle Kleiner Tiergarten

Schriftliche Frage des Abgeordneten Andrej Hunko
vom 23. Oktober 2012
(Monat Oktober 2012, Arbeits-Nr. 10/157)

Frage

Wie viele Rasterfahndungen wollten Ermittler/innen wegen der ungeklärten Mordfälle bis zur Entdeckung der Täterschaft des "Nationalsozialistischen Untergrunds" in den damit befassten "Besonderen Aufbauorganisationen" nach entsprechenden richterlichen Beschlüssen durchführen bzw. haben diese dann nach Kenntnis der Bundesregierung tatsächlich durchgeführt (bitte bis zur Entdeckung des NSU im Herbst 2011 und die Zeit danach gesondert darstellen), und in welchem Umfang wurden hierfür auch Informationen über Finanztransaktionen, Hotelbuchungen, Mietwagennutzung eingebunden bzw. wie viele entsprechende Datensätze (Finanztransaktionen, Hotelbuchungen, Mietwagennutzung) wurden oder werden hierfür vorgehalten?

Antwort

Das Bundeskriminalamt und der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof haben im Zuge der in Rede stehenden Ermittlungen keine Maßnahmen nach den §§ 98a, 98b der Strafprozessordnung (StPO) durchgeführt bzw. beantragt. Nach Kenntnis der Bundesregierung wurden im Zusammenhang mit der „Ceska-Mordserie“ (2000 bis 2006) 80 Maßnahmen nach den §§ 98a, 98b StPO richterlich angeordnet. Dabei wurden ca. 13 Mio. Transaktionsdaten aus Einsätzen von Kredit- und Debitkarten, ca. 300.000 Hotelübernachtungsdaten und ca. 1 Mio. Autovermietungsdaten einbezogen. Weitere Erkenntnisse zu diesen in Länderverantwortung durchgeführten Ermittlungsmaßnahmen liegen der Bundesregierung nicht vor.